

## Politisches Sekretariat

p.B. 58.2 URSS - MAP  
p.B. 58.05.2

Bern, den 19.6.1990

Offizieller Besuch von Herrn Staatssekretär Klaus Jacobi  
in Berlin am 28./29. Juni 1990

---

SOWJETUNION: OPTIONEN FÜR DIE SCHWEIZERISCHE POLITIK

Aufgrund einer Lageanalyse (vergleiche die beiliegende Darstellung) kommen wir zum Schluss, die Schweiz solle ihre Politik gegenüber der Sowjetunion im Hinblick auf eine verstärkte Zusammenarbeit grundlegend überdenken. Der vorgesehene Besuch von Bundesrat Felber in Moskau vom kommenden September wäre die geeignete Gelegenheit, den sowjetischen Gesprächspartnern die Umrisse einer neuen Politik zu erläutern. In den kommenden Wochen wäre noch einiges an Grundlagenarbeit zu leisten; es geht insbesondere um die Frage, in welchen Bereichen die Schweiz sinnvollerweise zur Unterstützung des Wandels hin zu Demokratie und Marktwirtschaft beitragen kann. Wir gehen davon aus, dass eine günstige Entwicklung in der Sowjetunion die beste Voraussetzung für die Sicherheit des ganzen europäischen Kontinentes sowie für den Erfolg der Reformen in Ostmitteleuropa ist. Wir halten auch dafür, dass die heutige Uebergangsphase in der Sowjetunion und in Ostmitteleuropa eine modellhafte Bedeutung hat: würde der Wandel hin zu westlicher Demokratie und sozialer Marktwirtschaft scheitern, würde dies weltweit jene Werte in Misskredit bringen, die auch die Grundlagen unseres Staates sind.

Die folgenden Ausführungen geben, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, einige Ueberlegungen wieder, wie unsere Politik weiterentwickelt werden könnte. Die von uns ins Auge gefassten Massnahmen würden mittel- und längerfristig die Mobilisierung neuer finanzieller und personeller Ressourcen bedingen.

### I. Welches sind die bisherigen Antworten der westlichen Welt auf den Zustand der UdSSR

Im Gegensatz zu den kleineren Ländern Ostmitteleuropas, welche in den Genuss eigentlicher Hilfs- und Unterstützungsprogramme durch die OECD-Staaten gekommen sind, gibt es bislang analoge Massnahmen zugunsten der Sowjetunion nicht. Im Rahmen der G-24 wurde bisher der Einbezug der Sowjetunion in die westliche Hilfe auch nicht vorgesehen. Gründe liegen insbesondere im Supermachtstatus der Sowjetunion, in der Grösse des Landes und in seinem wirtschaftlichen Potential, welches Hilfe von aussen als nicht unbedingt angezeigt erscheinen lassen, schliesslich aber auch in den bisher nur zögernd durchgeführten wirtschaftlichen Reformen. Immerhin konnte die Sowjetunion durch den Abschluss einer ganzen Reihe von bilateralen Verträgen die Rahmenbedingungen für den Ausbau ihrer Wirtschaftsbeziehungen mit dem Westen verbessern. Kernstücke bilden der Vertrag zwischen der Sowjetunion und der EG von 1988 sowie die Abkommen mit der BRD, Frankreich sowie den USA. Meistbegünstigung und Marktöffnung sind die wichtigsten Inhalte dieser Vertragswerke. Abgesehen vom Vertrag mit der EG harren die erwähnten Abkommen allerdings noch der Ratifizierung. Zudem bleibt die Oeffnung von Märkten für sowjetische Produkte nutzlos, solange die inneren Wirtschaftsstrukturen nicht saniert sind.

Von kurzfristig grösserer Bedeutung für die Sowjetunion ist die eben beschlossene Kürzung der COCOM-Liste, welche nun im Bereich fortgeschrittener Technologien eine beträchtlich ausgeweitete Güterpalette für den Handel freigibt. Allerdings kommt die Sowjetunion heute noch nicht in den Genuss der gleichen Restriktionsbefreiungen wie die andern ostmitteleuropäischen Staaten. Sodann dürfte die Sowjetunion auch von der IBRD profitieren. Insgesamt handelt es sich jedoch auch hier um Massnahmen, die erst längerfristig positive Auswirkungen zeitigen können.

Erstmals wurde am EG-Gipfel vom vergangenen Mai angesichts der tiefen Krise in der Sowjetunion und der Gefahren, die diese für Europa als Ganzes darstellen, ein eigentliches Unterstützungsprogramm erwogen; konkrete Beschlüsse wurden nicht gefasst, doch wird das Traktandum am nächsten Gipfel wieder aufgenommen werden.

Auf politischer Ebene haben sich die Kontakte z.t. exponentiell ausgeweitet, man denke nur an die Aktivitäten im Rahmen der KSZE und die Suche nach einer Lösung in der deutschen Frage oder an die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen. Auf technischer Ebene bemüht sich die Sowjetunion um die Teilnahme an bisher auf Westeuropa beschränkter multilateraler Zusammenarbeit.

## II. Welches sind die Optionen für eine schweizerische Sowjetunion-Politik

Die in einer Uebergangsphase befindliche Sowjetunion ist zur Zeit der grösste Faktor der Instabilität und Unsicherheit in Europa. Eine aktivere Politik der westeuropäischen Staaten, mit dem Ziel, auf verschiedensten Ebenen zu ihrer Stabilisierung, Einbeziehung und Verankerung in der europäischen Zusammenarbeit beizutragen liegt daher im westeuropäischen Interesse. Die Schweiz muss und kann dementsprechend handeln; ihre Politik muss, um sinnvoll zu sein, international koordiniert werden.

Die nachstehenden Vorschläge sollen ein Gesamtbild skizzieren. Die einzelnen Bestandteile derselben werden selbstverständlich nicht gleichzeitig umgesetzt werden können, sind jedoch nur sinnvoll, wenn sie in einen grösseren Rahmen gestellt werden.

### 2.1 Verbesserung des Informationsstandes

Als ersten Schritt erachten wir es als notwendig, den Informationsstand über die Lage in der Sowjetunion und die zwischen der Schweiz und der Sowjetunion bereits bestehenden offiziellen und insbesondere auch privaten Beziehungen zu verbessern. Vorzusehen

wären Sowjetunionstage, ähnlich den entwicklungspolitischen Tagen, wie sie die DEH organisiert, sowie Seminare und Workshops für spezielle Bereiche der Zusammenarbeit (Wirtschaft, Kultur, Umweltschutz, Forschung usw.). Das Ziel ist, das Know-how in Sachen Sowjetunion besser zu erfassen und allen potentiell Interessierten zugänglich zu machen.

## 2.2 Wirtschaft

Dem wirtschaftlichen Bereich kommt eine herausragende Bedeutung zu. Es drängen sich bezüglich der Sowjetunion ähnliche Überlegungen und Aktionen auf, wie wir sie im Zusammenhang mit dem 250 Millionenkredit für ostmitteleuropäische Staaten angestellt haben, wobei wir hier davon ausgehen, dass höchstens punktuell die bisher zugesprochenen Gelder auch für die Sowjetunion verwendet werden könnten.

Kurz- und gar mittelfristig können ausländische Unternehmen nicht mit gewinnbringenden Investitionen rechnen, angesichts der gegenwärtigen Situation dürfte zudem für die meisten Betriebe - ausser für die "Grossen" - das Risiko zu gross sein. Folgende Aktionen unsererseits sind aber denkbar, wobei sich auch eine Reihe offener Fragen stellen:

- Zur Anregung privater Investitionen sind die üblichen flankierenden Massnahmen zu ergreifen (Unterzeichnung ISA, Einsatz von IRG, Anregung eines Beitritts zur MIGA). Wäre eventuell das amerikanische Vorbild eine "enterprise fund" zur Absicherung des erhöhten Risikos zu schaffen, d.h. eine Art Osteuropa-ERG? Sollte der Bund Vorstudien für Investitionen der Privatindustrie in der Sowjetunion finanzieren?
- Zu denken ist sodann an ein technisches Unterstützungsprogramm für ausgewählte Pilotprojekte, beispielsweise an landwirtschaftliche Musterbetriebe, an den Beistand bei der Schaffung industrieller Klein- und Mittelbetrieb oder ein Konsumgüter-Verteilssystem einer Region. Wichtig ist es, Multiplikator-

effekte solcher Projekte anzustreben. Die Durchführung würde in enger Zusammenarbeit mit der schweizerischen Wirtschaft erfolgen.

- Ein eigentliches Ausbildungsprogramm, beispielsweise im Bank- oder Genossenschaftssektor. Eventuell die Finanzierung von Beratertätigkeiten beim Uebergang zu marktwirtschaftlich geführten Betrieben (ein Gesetz über die Zulassung von Aktiengesellschaften mit ausländischer Beteiligung ist beim Obersten Sowjet in Vorbereitung). Das EDA sollte daher mit entsprechenden Kreisen in Kontakt treten und mit diesen gemeinsam Vorschläge diskutieren. Es wäre dabei abzuklären, ob eine finanzielle Beteiligung unsererseits notwendig ist.
- Projekte im Umweltbereich: von besonderer Dringlichkeit ist die Lieferung fortgeschrittener Technologie zur Verminderung von Schadstoffemissionen oder zum Aufbau von Abwasserreinigungssystemen in einer bestimmten Region.
- Ein der Botschaft in Moskau zur Verfügung stehender Kredit für "kleine Projekte" ähnlich den in Südafrika durchgeführten Aktionen (Unterstützung von Privatbetrieben, Genossenschaften etc).
- Insofern als dies nicht ohnehin im Rahmen der G 24 geschieht, sollte die Schweiz ähnliche Aktionen anderer Länder anregen und sich für die gegenseitige Information/Koordination aussprechen.

### 2.3 Politik

Neben wirtschaftlicher Unterstützung sollten wir unsere Bemühungen zum Aufbau gesamteuropäischer Strukturen und intensiverer Zusammenarbeit im grosseuropäischen Rahmen fortsetzen, respektive ausbauen. Der Wandlungsprozess in der Sowjetunion ist mit der Aufgabe des gesamten osteuropäischen Glacis, inkl. DDR verbunden und muss notwendigerweise durch gesamteuropäische Strukturen abgestützt werden. Dies bedeutet somit:

- Befürwortung und Unterstützung für eine Verstetigung des KSZE-Prozesses
- Befürwortung einer Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und dem Europarat - unser Widerstand in Sachen Kulturkonvention wäre zu überdenken - sowie der OECD
- Befürwortung der Oeffnung technischer Organisationen der Zusammenarbeit in Westeuropa gegenüber Osteuropa und der Sowjetunion (CERN, ESA, CEBM, LEBM). Eventuell Schaffung spezieller Fonds zugunsten der Sowjetunion (und Osteuropas). Die DIO sollte ihre Politik in den verschiedenen Organisationen in Konkretisierung ihres Papiers vom 17. Mai 1990 ("Die schweizerische Haltung zur Frage der Beziehungen zwischen den internationalen Organisationen und der Sowjetunion sowie den ostmitteleuropäischen Staaten" / 0.713.80 - HER/HY/LT) im Lichte der neuen schweizerischen Sowjetunion-Politik in jedem einzelnen Fall anpassen. Hauptziel ist die Einbindung der Sowjetunion in die internationale Zusammenarbeit.

Auf bilateraler Ebene wären die Kontakte im Bereich der politischen Kultur und der Information über Minderheitenpolitik, Föderalismus, "local government" u.s.w. zu intensivieren. (vergleiche auch den Vorschlag zu einer Stiftung Europa im Grundlagenpapier für die regionale Botschafterkonferenz vom 21./22. Juni)

Bei der gesamten Unterstützungspolitik muss die Schweiz immer wieder auf die Notwendigkeit tiefgreifender Reformen aufmerksam machen. Auf eine minimale Konditionalität wird man nicht verzichten können. Sie muss jedoch nicht generell für das ganze Land sondern vielmehr projektweise erfüllt werden.

#### 2.4 Personelle Folgen

Eine erhöhte personelle Dotierung unserer Botschaft in der Sowjetunion - wie übrigens auch unserer Vertretungen in Ostmitteleuropa - muss dringend an die Hand genommen werden. Es geht um dreierlei:

1. Unser Informationsstand muss verbessert werden. Dies ist umso dringlicher, als mit der zunehmenden Dezentralisierung Kontakte zu den einzelnen Republiken und die Information über deren Entwicklung an Bedeutung gewinnen.
2. Die Kontakte müssen vervielfältigt werden und ein tragfähiges Beziehungsnetz muss geschaffen werden.
3. Die Wirkung der neuen Politik muss mittels genügend Personals optimiert werden. Wir stellen uns vor, dass das EDA seine Politik gegenüber der Sowjetunion dadurch manifestiert, dass "eines der besten jüngeren Pferde im Stall" in die Sowjetunion versetzt wird. Dies soll nicht als Kritik an der bisherigen Equipe verstanden werden sondern als Manifestation des Gewichtes, welches wir der jüngeren Entwicklung zumessen.
4. Wir erachten es als wichtig, dass für Moskau vorgesehene Diplomaten, vorgängig Intensiv-Sprachkurse besuchen.

Längerfristig wird sich die Frage stellen, ob - sollten Unterstützungsmassnahmen zugunsten ost- und mitteleuropäischer Länder einen "Dauercharakter annehmen - ein spezieller Dienst, analog dem Integrationsbureau geschaffen werden muss.

### 2.5 Finanzielle Folgen

Was die finanzielle Grössenordnung solcher Aktivitäten betrifft, sind Voraussagen zum jetzigen Zeitpunkt schwierig. Wenn wir aber davon ausgehen, dass sich ein schweizerischer Beitrag in eine internationale Aktion mit "Marschallplan-Charakter" integrieren würde, sind gewisse Erwägungen, welche von privaten Banken in jüngerer Zeit angestellt wurden von Interesse (wir sind uns dabei bewusst, dass der Vergleich mit dem Marshall-Plan nur teilweise angebracht ist). Eine Studie der Crédit Suisse First Bosten meint beispielsweise, dass staatliche Kredite im Umfang von 85 Milliarden US \$ auf vier Jahre für alle COMECON-Staaten zusammen nötig wären, um nennenswert zur Verbesserungen der wirtschaftlichen Situation beizutragen. Die Studie kommt allerdings zum Schluss,

dass die Schwierigkeit oder gar Unmöglichkeit, so umfangreiche Gelder zu mobilisieren, teilweise kompensiert werden könnte durch die schon erwähnte flankierende Massnahmen (Aufhebung COCOM-Beschränkungen, IMF-Anpassungsprogramme, Mobilisierung privaten Kapitals, Oeffnung westlicher Märkte).

#### 2.6 Sicherheitspolitisches Interesse und kurzfristige Interessen der Privatwirtschaft nicht deckungsgleich

Abschliessend sei auf eine grundlegende Problematik hingewiesen: Aus politischen und sicherheitspolitischen Ueberlegungen liegt es in unserem Interesse in die Stabilität Europas und damit in die Stabilisierung der Sowjetunion zu investieren.

Angesichts der vorläufig noch relativ geringen Bedeutung ost-europäischer Märkte und der Unsicherheit der Entwicklung wird die schweizerische Wirtschaft jedoch nicht in genügendem Masse für den notwendigen Ressourcentransfer Richtung Osten sorgen. Es wird daher darum gehen, vorerst von Regierungsseite und mit staatlichen Geldern Vorarbeit zu leisten.



## Politisches Sekretariat

p.B. 58.2 URSS- MAP

Bern, den 19.6.1990

SOWJETUNION: LAGENANALYSE

Die Visionäre des Zusammenbruches haben Hochkonjunktur. Nicht zum erstenmal werden der Sturz Gorbatschows, der völlige wirtschaftliche Zusammenbruch der Sowjetunion und das Auseinanderfallen des Staates im Nationalitätenstreit als unmittelbar bevorstehende Ereignisse angekündigt. Was ist von diesen Voraussagen zu halten ? Welche Konsequenzen ergäben sich für die Schweiz ?

I. Zur inneren und äusseren Lage der Sowjetunion1.1 Wirtschaftliche und politische Krise

Die Sowjetunion in einer tiefen und sich immer noch verschärfenden Krise.

Seit Juni 1988 zeigen praktisch alle wirtschaftlichen Indikatoren nach unten, das Wachstum verlangsamt sich, die Inflation steigt, die Produktivität sinkt. Punktuell wurden zwar Erfolge in den neuen Sektoren erzielt (Genossenschaften, joint-ventures), doch konnten diese keine Trendwende einleiten. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen bleiben ungünstig, auch wenn weitere Schritte zur Schaffung marktwirtschaftlicher Gesetze unternommen werden (Betriebsgesetz etc). Die Hoffnungen auf ein radikales Sanierungsprogramm nach polnischem Vorbild (Schocktherapie) wurden durch das kürzlich vorgestellte Sanierungsprogramm Ryschkows zerschlagen. Noch bedenklicher als das Programm an sich war, dass es praktisch von allen Seiten, von links gleichermassen wie von rechts, unter heftigen Beschuss kam. Beobachter meinten in Anspielung an die allenfalls notwendige Schocktherapie, das Programm sei lauter Schock aber ohne Therapie gewesen. Die Regierung Ryschkow schreckt immer noch davor zurück, mit der Wirtschafts-

bürokratie, die von der Nomenklatura beherrscht wird, aufzuräumen.

Die erste Voraussetzung einer grundlegenden Reform, der nationale Konsens, fehlt weiterhin. Die fehlende demokratische Legitimierung der Regierung und auch Gorbatschows selbst wird immer mehr spürbar.

Gorbatschow hat allerdings die Möglichkeit, sich von der gegenwärtigen Regierung zu trennen und auf demokratischem Weg eine neue Regierung wählen zu lassen. Seine Stellung ist also nicht an das Ueberleben Ryschkows gebunden. Er könnte dadurch auch einige Verantwortung, die gegenwärtig allein bei ihm hängen bleibt, auf eine neugewählte Regierung abschieben.

Der kommende Parteikongress dürfte wesentliche Entscheide bringen. Gorbatschow könnte etwa den Parteivorsitz abgeben, um noch freier vorgehen zu können und den Umbau in Richtung eines parlamentarischen Mehrparteiensystems zu bewerkstelligen. Die bevorstehende Spaltung der KPdSU könnte eine solche Entwicklung beträchtlich beschleunigen.

### 1.2 Aussenwirtschaftliche Lage

Die Aussenwirtschaftliche Stellung hat sich eher verschlechtert. Die Rohstoffabhängigkeit bei sinkenden Rohstoffpreisen ist geblieben und die versuchte Integration in die Weltwirtschaft kommt nur stockend vor. Vom Uebergang zu Weltmarktpreisen im COMECON-Handel kann die Sowjetunion zwar kurzfristig profitieren, längerfristig ist jedoch davon keine Gesundung zu erwarten. Größte Versorgungslücken müssen weiterhin mit Importen gedeckt werden; erstmals in jüngerer Zeit treten nun aber echte Zahlungsschwierigkeiten auf. Statt wie üblich bar zu bezahlen, musste die Sowjetunion in jüngster Zeit Rechnungen über Kredite finanzieren. Die Schulden erhöhten sich im vergangenen Jahr von 52 auf 59 Milliarden US\$, seit 1986 haben sie somit um über 30 Milliarden US\$ zugenommen. Westliche Gläubiger beginnen an der sowjetischen

Zahlungsfähigkeit zu zweifeln.<sup>1</sup> Von unserer Botschaft wissen wir, dass verschiedene schweizerische Unternehmen, vor allem mittlere und kleinere Betriebe, grosse Zahlungsausstände seitens ihrer sowjetischen Kunden melden.

### 1.3 Versorgungslage

Die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und insbesondere mit Lebensmitteln verschlechtert sich offensichtlich weiter, obwohl sich die landwirtschaftlichen Produktionszahlen in den vergangenen Jahren durchaus befriedigend - allerdings mit grossen regionalen Unterschieden - entwickelten. Allerdings bemerkt eine eben erschienene Studie, dass die produzierten Mengen im "Umfeld steigender Erwartungen" ungenügend blieben; Kaufkraftüberhang und Hamsterkäufe verschärfen den Mangel. Am schwersten wiegen jedoch die Mängel in dem der landwirtschaftlichen Produktion nachgelagerten Bereich: Aufkaufsystem, Verarbeitung, Verteilung und Lagerung. Die in diesen Bereichen entstehenden Verluste werden von sowjetischer Seite auf etwa 30% der Produktion geschätzt, können aber durchaus auch höher liegen.

Die Kontrolle über das Wirtschaftsleben entgleitet dem Staat vielerorts zusehends. Mafiose Organisationen machen sich diese Schwäche zunutze und springen in die Lücke.

Dies alles führt zu einer umfassenden Desillusionierung in der Bevölkerung über den Reformkurs insgesamt. Im alltäglichen Erleben der Bevölkerung fallen wirtschaftliche Krise und Demokratisierung zusammen. Daraus resultiert eine der Weimarer Republik vergleichbare Haltung gegenüber der Demokratie an sich.

---

<sup>1</sup> Die Sowjetunion zerstreut solche Zweifel in jüngster Zeit mit umfangreichen Goldverkäufen. Diese Praxis der Schuldendeckung stösst mittel- und längerfristig aber an Grenzen, da angesichts der Bedeutung der Sowjetunion als Goldproduzent, eine Preisbaisse auf dem Weltmarkt in Kauf genommen wird.

#### 1.4 Die Mentalität als Hindernis

Mentale Schranken, teilweise Folgen der 70-jährigen ideologischen Indoktrinierung, sind gerade im wirtschaftlichen Bereich besonders spürbar: Wie Amalrik schon 1969 schrieb, schlägt das Streben nach Gerechtigkeit in der Praxis in den Wunsch um, dass es keinem "besser gehen soll als mir". Geht es dem Nachbarn plötzlich ausserordentlich gut, versuche der Russe nicht, es ihm gleich zu tun, sondern trachte danach, ihn wieder auf sein Niveau runterzuholen. Gewinnstreben und freies Wirtschaften bleiben verpönt; kapitalistische Wirtschaftsformen haben enorme Schwierigkeiten sich gegen gesellschaftliche und politische Schikanen durchzusetzen. Die bisher mächtigen Gewerkschaften sind politisch die wichtigsten Träger dieser Ideologie; von ihnen kommen die grössten Widerstände gegen liberalistische Wirtschaftsreformen.

#### 1.5 Staat und Nationalitäten

Der Zerfall des Zentralstaates schreitet voran. Nationalistische Bewegungen haben inzwischen alle Republiken erfasst, selbst die Russische Föderation; sezessionistische Ziele und antikommunistische Parolen leben nicht nur im Baltikum sondern auch in den südlichen Republiken auf. In jüngster Zeit gibt es auch in der wirtschaftlich äusserst wichtigen Ukraine Unabhängigkeitsbestrebungen. Entscheidend wird nun sein, ob es gelingt, auf der Basis der nun vorgeschlagenen neuen Föderation eine Stabilisierung der Lage zu erreichen. Der Führungsanspruch der KPdSU ist praktisch aufgegeben und ihre Führungsmöglichkeiten ernsthaft in Frage gestellt. Täglich entstehen neue Bewegungen und Parteien. Politisch öffnet sich ein ganzes Spektrum neuer Kräfte von nationalistisch-autoritären und chauvinistischen bis hin zu nationaldemokratischen Bewegungen.

Nationalen und nationalistischen Kräften geben nicht zuletzt das Engagement für die ernsthaft gefährdete Umwelt Auftrieb. Der Protest gegen die katastrophale Umweltverschmutzung ist meist auch Protest gegen die im fernen Moskau ansässigen Verantwort-

lichen, die die Umweltzerstörung bewusst oder unbewusst in Kauf nehmen. Die Forderung nach wirtschaftlicher Autonomie beinhaltet auch den Willen, die wirtschaftliche Entwicklung und ihre ökologischen Folgen unter die eigene Kontrolle zu bringen.

### 1.6 Aussenpolitik

Die Aussenpolitik verläuft vergleichsweise in ruhigeren Bahnen, obwohl die Sowjetunion auch hier von den Ereignissen überrollt wurde. Die Bemühungen der USA und der Europäer, die Sowjetunion nicht zu isolieren, erlauben ihr zwar, einen Einfluss auf den Lauf der Dinge zu bewahren. Man kann aber nicht verkennen, dass sie bezüglich der Vereinigung Deutschlands und der Auflösung des WAPA viel mehr Konzessionen machen muss als sie noch vor wenigen Monaten hoffen konnte. Sie erhält kurzfristig auch weniger Sicherheitsgarantien, als sie sich wünscht.

## II. Was bedeutet vor dem Hintergrund der aktuellen Lage der Gegensatz zwischen Gorbatschow und Jelzin ?

Der Sturz Gorbatschows dürfte eines der am häufigsten vorausgesagten und nicht eingetroffenen weltpolitischen Ereignisse der letzten Jahre sein. Die Szenarien für seine Absetzung passen sich den jeweiligen Umständen an. Seine Verdrängung von der Macht wurde je nachdem von "rechts", von "links" oder von "unten" vorausgesagt. Zunächst drohte Gefahr aus den Reihen des Politbüros und des ZK der KPdSU, der bisherigen Nomenklatura also, später schien ein Militärputsch im Bereich des möglichen, nun traut man dem neuen Präsidenten der russischen Föderation, Boris Jelzin zu, dass er den Präsidenten der UdSSR aus dem Kreml vertreibt. Zu dieser neusten Variante ist folgendes festzuhalten:

### 2.1 Funktionsbedingte Unterschiede

Gorbatschow hat als Staatspräsident die Aufgabe und Funktion, den Bestand der UdSSR zu wahren; die Aufgabe Jelzins ist es, die Interessen der RSFSR zu verfolgen. Daraus ergeben sich logischer-

weise unterschiedliche Auffassungen über die Aufgabenverteilung zwischen Union und Republiken, ein unversöhnlicher Gegensatz braucht daraus noch nicht zu entstehen. Der Konflikt zeigt bislang nur, dass die Tendenzen zu grösserer Eigenständigkeit der Republiken an Boden gewinnen, und dass sich der politische Pluralismus durchsetzt: es gibt keine Zukunft mehr für den sowjetischen Zentralstaat im bisherigen Sinne, dafür aber verschiedene Zukunften für eine vielgliedrige Föderation oder Konföderation. Mit Sicherheit darf an dieser Stelle festgestellt werden, dass Jelzin das seetüchtigere Schiff bestiegen hat: während Russland als Grossmacht ohne Zweifel weiter bestehen bleibt, ist die Zukunft der Union höchst ungewiss .

## 2.2 Aenliche Ziele

Einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den beiden Präsidenten gibt es umso weniger, wenn man sich vergegenwärtigt, dass Gorbatschow und Jelzin ähnliche Ziele verfolgen. Beide sind Reformer, sie wollen eine Neuordnung des Verhältnisses zwischen Moskau und den Republiken und eine grundlegende Wirtschaftsreform. Sie ziehen damit die Konsequenzen daraus, dass das politische System der Sowjetunion nicht mehr funktionsfähig ist: der Zentralstaat ist am Ende und mit ihm die Fiktion vom Sowjetmenschen, die Absurdität einer zentral dirigierten Wirtschaftspolitik und die führende Rolle der KPdSU. In diesem Ansatz unterscheiden sie sich von den konservativen Gegnern einer grundlegenden Umgestaltung. Beide sind sie zudem politische Taktiker und in erster Linie bemüht, ihre Macht zu bewahren und zu mehren. Persönliche Animositäten mögen hinzukommen, hatte doch Gorbatschow seinerzeit Jelzin fallengelassen und damit gegenüber den Konservativen um Ligatschow Konzessionen gemacht. In dem eben auf deutsch erschienenen Buch Jelzins ist denn auch bezeichnenderweise nichts über eine grundlegend alternative Konzeption von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft der Sowjetunion zu erfahren. Vielmehr beschränkt er sich auf eine Beschreibung der vergangenen Macht-rivalität und eine harsche Kritik der Privilegien der herrschenden Klasse. Die Tatsache, dass er im Gegensatz zu Gorbatschow vom Volk gewählt ist, kommt ihm dabei zugute.

### 2.3 Konkrete Positionen im Vergleich

Erst in den vergangenen Tagen wurde eine in Ansätzen alternative politische Programmatik erkennbar, die sich bei näherer Betrachtung allerdings darin erschöpft, dass Jelzin in Einzelfragen das Gegenteil von Gorbatschow fordert. Viel mehr als eine "normale Opposition" vermag man darin nicht zu sehen.

- Während Gorbatschow der Aussenpolitik einen zentralen Stellenwert einräumt, konzentriert sich Jelzin auf die innere Entwicklung.
- Anlässlich des Gipfels zwischen Bush und Gorbatschow, auf welchem Gorbatschow die Westorientierung der UdSSR unterstrich (gemeinsames europäisches Haus, europäische Sicherheitsstrukturen), forderte Jelzin eine Oeffnung der Sowjetunion Richtung Pazifik.
- Bei der Veröffentlichung des neuen und vielkritisierten Wirtschaftsprogrammes durch Ministerpräsident Ryschkow monierte Jelzin, dieses sei zu wenig radikal, gleichzeitig kündigte er aber an, unter seiner Führung würden die Kosten der Reform nicht auf die Bevölkerung überwältzt. Die Antwort auf die Frage, wie solches bewerkstelligt werden soll, blieb er bislang schuldig.
- Während Gorbatschow an der Erhaltung der UdSSR festhält (Imperiumsbeziehung, Föderation), scheint Jelzin einer losen Verbindung Russlands mit den Randrepubliken (Dezentralisierung, Konföderation) zuzuneigen.
- Während für Gorbatschow eine rechtsstaatlich geordnete Entwicklung erstrangige Bedeutung hat, - zu deren Durchsetzung er notfalls zu autoritären Methoden greift - betont Jelzin die Notwendigkeit einer weitergehenden Demokratisierung.

Es ist nicht ersichtlich - die Rationalität von Jelzin und Gorbatschow unterstellt -, warum diese nicht über die wesentlichen Fragen zu Kompromissen kommen sollten, respektive ihre Positionen im Lichte politischer Konstellationen jeweils entsprechend neu-

formulieren sollten. Es ist unklar, warum der Präsident der UdSSR und jener der RSFSR ihre Positionen nicht in einem Prozess von "checks and balances" jeweils überprüfen und neuformulieren sollten. Jüngste Entwicklungen gehen jedenfalls in diese Richtung:

- So etwa die Bitte Jelzins an die russische Bevölkerung, ihm 2-3 Jahre Zeit und Vertrauen zu schenken, um seine Politik zu verwirklichen, was bereits eine markante Abkehr vom früheren Verbalradikalismus bedeutet.
- Andererseits Gorbatschows plötzliche Dialogbereitschaft im Baltikum, als ob er Vorschläge und Forderungen Jelzins vorwegnehmen wollte.
- Und schliesslich die Tatsache, dass im russischen Föderationsrat - offenbar unter dem Eindruck des "Phänomens Jelzin" - Gorbatschow zu Konzessionen über die zukünftige Staatsstruktur bereit ist. So wird nun nicht mehr eine "erneuerte Föderation" sondern eine "neue Föderation" angestrebt; diskutiert wird ein Modell, nach welchem inskünftig unterschiedlich intensive Beziehungen zwischen den Republiken, bis hin zu konföderativen Strukturen (Baltikum) möglich wären. Damit hat Gorbatschow nun die weitestgehende Lösungsvariante übernommen, die ihm in den vergangenen Monaten von den think-tanks vorgelegt worden war.

Die erwähnten Beispiele bestätigen eine in den vergangenen Monaten und Jahren beim sowjetischen Staatspräsidenten schon fast zur Regel gewordene Verhaltensweise: in die Enge getrieben hat er sich bisher immer - nach Konzessionen an die "Rechte" - für einen Ausweg in Richtung weitergehender Reformschritte entschieden.

#### 2.4 Folgerungen für die sowjetische Politik

Immerhin haben wir es angesichts der heute offensichtlichen Stärkung der reformerischen Kräfte in der Sowjetunion mit einer neuen Konstellation zu tun. Erstmals muss, respektive kann, Gorbatschow Konzessionen gegenüber weitergehenden statt wie bisher gegenüber retardierenden Kräften machen. Die Auseinander-



setzung Jelzin / Gorbatschow selber ist ein Zeichen für das Erstarken der Reformkräfte. Die Frage, ob Gorbatschow oder Jelzin die Oberhand gewinnt, ist somit für die wesentlichen Fragen der europäischen Politik wenig relevant und dürfte nicht Grundlegendes an der Aussenpolitik der Sowjetunion / respektive Russlands ändern.

Neu ist aber, dass es anfängt, Alternativen zu Gorbatschow zu geben. Der anlaufende demokratische Prozess bringt jeden Tag neue Ueberraschungen und allmählich wird auch eine Umbesetzung an der Spitze denkbar. Dies will jedoch nicht heissen, dass Gorbatschow umsturzgefährdet wäre. Dafür gibt es keine Anzeichen. Und demokratisch kann er gegen seinen Willen erst nach Ablauf seiner Amtsdauer von 5 Jahren aus dem Amt entfernt werden.

### III. Schlussfolgerungen

Insgesamt ergibt sich das Bild eines Landes in einer krisenhaften Uebergangsphase. Die Instabilität ist gross, ebenso die Unsicherheit über die Zukunft. Klare innenpolitische politische Ziel- und Marschrichtungen sind nicht auszumachen.

Daraus resultieren eine Reihe von Gefahren, von denen auch die Schweiz, direkt oder indirekt betroffen werden kann:

1. Innere Unruhen können zu einer Stärkung der Bedeutung der Ordnungskräfte führen, ihren Einfluss auf die Politik erhöhen und weitere Abrüstungsschritte hinauszögern; auch die wirtschaftliche Krise, die mangelnde Infrastruktur und die Unmöglichkeit, genügend zivile Arbeitsplätze bereitzustellen, können zu einer solchen Verzögerung führen.
2. Nationale Unruhen und wirtschaftliche Krise können zu grösseren politisch und wirtschaftlich motivierten Flüchtlings- und Wanderbewegungen in Richtung Mittel- und Westeuropa führen, mit den entsprechenden Belastungen in den jeweiligen Aufnahmeländern.
3. Die wirtschaftliche Desorganisation der Sowjetunion kann zu grossen wirtschaftlichen Belastungen für die ostmitteleuropäi-

schen Länder werden. Solche Auswirkungen sind dort am meisten zu befürchten, wo die aussenwirtschaftliche Abhängigkeit vom COMECON-Handel im allgemeinen und von der Sowjetunion im besonderen am grössten ist ( in Bulgarien und der Tschechoslowakei gehen über 70% des Aussenhandels in COMECON - Staaten, in der DDR über 60%, in Ungarn c.a. 50%, in Polen und Rumänien knapp über 40%.)

4. Sollte sich der Auflösungsprozess der Union unkontrolliert fortsetzen, ist ein militärisches Eingreifen nicht völlig auszuschliessen.
5. Sollten sich bürgerkriegsähnliche Zustände entwickeln, wie gewisse Beobachter befürchten, stellt sich die Frage, wer die Kontrolle über das immense Arsenal von Massenvernichtungswaffen behält.